

II-2814 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1498 /J

A N F R A G E

1991 -07- 10

der Abgeordneten Dr. Cap
und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend die unverantwortliche Verzögerung des Bauvorhabens
"B 222-17., Hernalser Hauptstraße (Dittersdorfgasse - Julius-Meindl-
Gasse)"

Aufgrund einer Reihe von zum Teil schweren Verkehrsunfällen im Bereich der Kreuzung Hernalser Hauptstraße/Vorortelinie drängte die Bezirksvorstehung Hernals beim Wiener Verkehrsstadtrat, insbesondere im Oktober 1988 darauf, Sofortmaßnahmen zur Abstellung untragbarer Verkehrsverhältnisse im Bereich dieser Kreuzung zu setzen.

Die MA 28 arbeitete auch ein diesbezügliches Teilprojekt aus, welches vom Magistrat verhandelt wurde und im Jänner 1990 durch die Fachabteilung der Bezirksvertretung vorgestellt wurde.

Im Rahmen einer Ausstellung in der Bezirksvorstehung wurde der Magistratsvorschlag den interessierten Bewohnern des Bezirkes zur Kenntnis gebracht und die große Mehrheit der Besucher hat sich für das vorgelegte Projekt ausgesprochen. Dieses sieht die Anbindung der Straßenbahn an die S 45 vor und erleichtert durch Ampelregelung das sichere Überqueren der Fahrbahn, wobei das Hauptaugenmerk vor allem auf die Schüler der beiden Schulen im Nahbereich gelegt wurde. Außerdem wird bei diesem Projekt eine Bündelung des Individualverkehrs erreicht.

Allerdings übermittelte die ÖVP-Fraktion der Hernalser Bezirksvertretung dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten einen Gegen- und Abänderungsvorschlag zur Begutachtung, womit der Konsens, der mit der Bevölkerung bereits erreicht war, ad absurdum geführt worden ist.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten verlangte mit Erlaß vom 18. 1. 1991 von der MA 28, daß das Projekt der ÖVP-Hernals vom Amt der Wiener Landesregierung projektmäßig ausgearbeitet wird, "um einen objektiven Vergleich mit der Amtsvariante zu ermöglichen."

In der Zwischenzeit ereigneten sich wieder eine Vielzahl von Verkehrsunfällen, bei denen es nicht nur zu Blechschäden, sondern auch zu Personenschäden mit Verletzungen unbestimmten Grades kam. Die Projektrealisierung wurde durch die Weisung des Wirtschaftsministeriums möglicherweise entscheidend verzögert.

Die MA 28 nahm in einer sachlich sehr fundierten Stellungnahme zum ÖVP-Vorschlag Stellung und stellte schwere sachliche Mängel dieser Variante fest.

Insbesondere wurde in dieser Stellungnahme ausgeführt, daß die Linksabbiegeströme bei dieser Variante äußerst ungünstig wären und es zu einer weiteren Blockierung des Straßenverkehrs kommen würde. Es würde zu einer Verkehrsverlagerung in ein sehr dicht bebautes Wohngebiet kommen, wo als Folge zusätzlich fast alle Parkplätze eliminiert würden. Auch wäre ein Umbau des Leopold-Kunschak-Platzes und der dort befindlichen Parkanlage erforderlich.

Besonders hervorzuheben ist, daß bezüglich der Sicherheit der Fußgänger das ÖVP-Projekt eine Verschlechterung gegenüber dem Amtsprojekt darstellt.

Vom Bezirksvorsteher von Hernals, Robert Pflieger, wurde versichert, alles zu tun, damit der zielführende Amtsentwurf möglichst rasch durchgeführt werden könne.

Allerdings ist aufgrund der Tatsache, daß es sich hier um ein Bundesstraßenvorhaben handelt, eine Zuständigkeit des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten gegeben.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die nachstehende

- 3 -

A n f r a g e:

1. Ist Ihnen bewußt, daß jede Verzögerung des Bauvorhabens Hernalser Hauptstraße/Vorortelinie die Gefahr weiterer Verkehrsunfälle in diesem Bereich und möglicherweise weiterer Verkehrsoffer nach sich ziehen kann ?
2. Aus welchem Grund wurde von Ihrem Ressort am 18. Jänner 1991 die Weisung mit der Geschäftszahl 851.222/6-VI/6-90 erteilt, wodurch der MA 28 der Auftrag erteilt wurde, eine weitere Projektvariante mit dem Amtsentwurf zu vergleichen ?
3. Sind Sie nicht auch der Meinung, daß der Eindruck entstehen könnte, es habe bei der vorliegenden Vorgangsweise die Tatsache, daß die weitere Projektvariante von der ÖVP-Hernalser gekommen ist, eine Rolle gespielt ?
4. Von der MA 28 wurden in einem Aktenvermerk schwere Mängel des ÖVP-Projektes festgestellt: Wie beurteilen Sie diese Feststellung der MA 28 ?
5. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um im Interesse aller Verkehrsteilnehmer eine möglichst rasche Durchführung des vorliegenden Projektes zu gewährleisten ?
6. Teilen Sie die Ansicht, daß die Verkehrssicherheit der Bürger niemals durch möglicherweise parteipolitisch motivierte Handlungen beeinträchtigt werden darf ?